

**Leipziger
Universitätsreden**

**Ehrenpromotion
Kai Friedrich Schade**

30. Januar 2008

UNIVERSITÄT LEIPZIG

Leipziger Universitätsreden

Neue Folge Heft 107

Reden zur Ehrenpromotion

Kai Friedrich Schade

30. Januar 2008



UNIVERSITÄT LEIPZIG

Impressum

Herausgeber: Rektor der Universität Leipzig

Redaktion: Dr. Joachim Feldmann

Satz: Randy Kühn

ISBN 978-3-941152-08-3

Redaktionsschluss: 1. November 2008

Auflage: 400 Stück

Preis: 2,00 €

Kontakt

Pressestelle

Ritterstraße 26, 04109 Leipzig

Telefon 0341 97-35020

presse@uni-leipzig.de

www.uni-leipzig.de/presse

Inhalt

Programm	7
-----------------	----------

Begrüßung	9
------------------	----------

Professor Dr. Hans-Jörg Stiehler
Dekan der Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie

Laudatio Urkunde Ehrenpromotion	11
--	-----------

Professor emerit. Dr. Hartmut Elsenhans
Institut für Politikwissenschaft der Universität Leipzig

Dankesworte und Wissenschaftlicher Vortrag	27
---	-----------

„'Öffentlicher Diskurs zu Entwicklungspolitik' – ein Wagnis
zwischen bürgergesellschaftlichem Anspruch und interessen-
geleitetem Zugriff von Nichtregierungsorganisationen“
Kai Friedrich Schade

Urkunde zur Ehrenpromotion	41
-----------------------------------	-----------

**Verleihung der
Ehrendoktorwürde
der Fakultät für
Sozialwissenschaften und
Philosophie
an Kai Friedrich Schade**

30. Januar 2008

Villa Tillmanns, Leipzig
Großer Konferenzraum

Programm

Begrüßung

Professor Dr. Hans-Jörg Stiehler
Dekan der Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie

Laudatio

Professor emerit. Dr. Hartmut Elsenhans
Institut für Politikwissenschaft der Universität Leipzig

Überreichung der Promotionsurkunde

Dankesworte und Wissenschaftlicher Vortrag

„'Öffentlicher Diskurs zu Entwicklungspolitik' – ein Wagnis zwischen bürgergesellschaftlichem Anspruch und interessengeleitetem Zugriff von Nichtregierungsorganisationen“

Kai Friedrich Schade

Begrüßung

Professor Dr. Hans-Jörg Stiehler
Dekan der Fakultät für Sozialwissenschaften und
Philosophie

Sehr geehrter Herr Schade,
sehr geehrte Gäste,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Studierende,

zum heutigen Kolloquium aus Anlass der Ehrenpromotion von Herrn Kai Friedrich Schade begrüße ich Sie im Namen der Fakultät auf das Herzlichste.

Ehrenpromotionen sind Festtage für die Fakultät, und wir haben diesen Charakter unter anderem dadurch zu wahren versucht, dass es sich hier um seltene Anlässe handelt. So handelt es sich jeweils um besondere Ehrungen. Unter den Ehrenpromotionen unserer Fakultät stellt auch die heutige einen Unterschied dar: sie ist fern jeglicher Diplomatie und weit weg vom Dank für einen unmittelbaren Eigennutz. Ich werde der Laudatio unseres geschätzten Kollegen Elsenhans nur unwesentlich vorgreifen, wenn ich einige Worte zur Begründung der Ehrenpromotion vortrage:

Mit Kai Friedrich Schade ehrt die Universität Leipzig stellvertretend für die akademische Gemeinschaft das Lebenswerk eines herausragenden Organisators der Kommunikation zwischen Wissenschaft, Politik und öffentlicher Meinung – und zwar in einem wichtigen Politikfeld, der Entwicklungspolitik. Wir würdigen einen wissenschaftlich ausgewiesenen und wissenschaftlich angeleitet arbeitenden Journalisten, dessen Wirkung und Engagement gerade auch für die Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse auf dem Feld der Entwicklungspolitik über jeden Zweifel erhaben ist. Insbesondere geht es dabei um den Aufbau und die Führung der „Zeitschrift der Entwicklungspolitik“, die das wichtigste Diskussionsforum zwischen Medien, Wissenschaft und Politik der Bundesrepublik Deutschland wurde. Sie haben dafür steinige Wege auf sich genommen, und diese mit politischem

Urteilsvermögen, wissenschaftlicher Kompetenz und persönlichem Mut durchschritten.

Unsere Fakultät kann diese Würdigung vornehmen, weil sie im Bereich der Lehre und Forschung auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik einen Schwerpunkt gesetzt hat und weiter setzen wird. Sie haben an unserer Universität nicht gelehrt, aber Ihnen ist das Beste passiert, was einem Autor und Wissenschaftler hier geschehen kann: Ihre Aufsätze und Ihre Zeitschrift wurden zur Kenntnis genommen, gelesen, also studiert und Sie haben damit Lehre und Forschung an der Universität Leipzig befruchtet. Diese Wirkung betrifft gewiss zuerst die politischen Wissenschaften, geht aber darüber hinaus. Aus der Liste ihrer Publikationen und Projekte kann man entnehmen, dass die Frage, welches Bild wir von der Welt gewinnen und wie es medial produziert wird, zu einer Kernfrage ihrer Arbeit geworden ist. Dieses Problem und die Antworten darauf sind in den Zeiten der Blockkonfrontation vielfältig und vielseitig politisch instrumentalisiert worden. Die Kommunikationswissenschaft beispielsweise verdankt ihr eine eigene Forschungsrichtung, die Nachrichtenwerttheorie, sowie mittlerweile Forschungsprogramme und Studiengänge zur interkulturellen Kommunikation. Und auch wenn dieses Problem der internationalen Nachrichtenflüsse – unverdientermaßen – nicht mehr an der Spitze der Agenda der internationalen Gemeinschaft zu stehen scheint, so ist es noch weiterhin virulent. Das kann man ablesen etwa an besonderen Ereignissen wie dem Karikaturenstreit oder am Alltag der krisenorientierten Berichterstattung über Entwicklungsländer. Insofern sind Ihre Bemühungen nicht abgegolten.

Sie, sehr geehrter Herr Schade, haben für Ihre publizistische und wissenschaftliche Tätigkeit unter anderem prominente Medienpreise im Bereich der Entwicklungspolitik erhalten. Ich hoffe, dass diese heutige Veranstaltung, und den Titel, deren Urkunde ich Ihnen dann auch im Namen des Rektors der Universität Leipzig verleihen darf, einen besonderen Platz unter Ihren Ehrungen und Auszeichnungen einnehmen wird.

Laudatio

Professor emerit. Dr. Hartmut Elsenhans
Institut für Politikwissenschaft der Universität Leipzig

Vom Kampf in der Zivilgesellschaft

Einer guten Tradition der deutschen Universität folgend, verleiht die Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie die Ehrendoktorwürde für Verdienste in der Verknüpfung von Wissenschaft, hier der in der Fakultät vertretenen Politikwissenschaft, mit dem Feld ihres Bemühens um Aufklärung über Wirklichkeit. Mit Kai Friedrich Schade ehrt die Fakultät einen hervorragenden Journalisten, der nicht nur bedeutende Leistungen bei der Dokumentation im weltweiten Politikfeld der Entwicklungspolitik und der Nord-Süd-Beziehungen erbracht hat, sondern inzwischen in seinem Politikfeld über Jahrzehnte Nabe in einem Netzwerk der Verknüpfung zwischen Wissenschaft und politisch Handelnden, Politikern und Kommunikatoren im gesamten deutschsprachigen Raum gewesen ist. Er hat einen für andere Politikfelder exemplarisch intensiven und sachorientierten Diskurs zwischen Wissenschaft und Praxis in zivilgesellschaftlicher Absicht organisiert. Er hat damit der Zivilgesellschaft den Zugang zu wissenschaftlichen Ergebnissen eröffnet, um ihre Aktivität durch Überschreiten ihres aus unmittelbarer Betroffenheit erwachsenden Engagements zu effektivieren, und schließlich der Wissenschaft die Vermittlung ihrer gegenüber Betroffenheit differenzierteren Sichtweise ermöglicht.

Eine solche Vermittlung von Betroffenheit und Wissenschaft wird man zu Recht als Verteidigung von Vernunft, als Herstellung eines herrschaftsfreien Diskurses bezeichnen können, nämlich von Eröffnung von Sicht auf Realität in angemessener, komplexe Zusammenhänge berücksichtigender Verortung. Dadurch wird bloße Betroffenheit in Strategien implementierbarer Veränderungsmöglichkeiten verwandelt, in das Bohren dicker Bretter, das sich gegen Aufklärung blockierende kurzfristige und durch Partikularinteressen gesteuerte Vermachtung der autoritären Bewusstseinsstrukturen in

spätkapitalistischen Gesellschaften mit ihrer repressiven Toleranz diskursiv durchsetzen kann.

Kai Friedrich Schade wurde von der Öffentlichkeit, Gegnern und wohlwollend Neugierigen wahrgenommen als Kommunikator, der verantwortlich eine Reihe von Konferenzen, von wissenschaftlichen Untersuchungsvorhaben, von Medien und Plattformen der Zusammenführung zwischen Kommunikatoren und Akteuren der Zivilgesellschaft initiierte, gründete, leitete oder in herausgehobener Stelle prägte. Ich nenne nur einige davon.

Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK), Dritte-Welt-Journalistennetz (DWJN), Bundeskonferenz der kommunalen Nord-Süd-Foren, Hessische Arbeitsgemeinschaft für entwicklungspolitische Bildung/Initiative Schulstelle Dritte Welt in Hessen (HABS), Arbeitskreis Dritte Welt in der IG Medien, Kongress Frieden – Ökologie – Entwicklung (FRÖLE), Internationaler Kongress „Schule und Dritte Welt“ in Wien, Frankfurter Stadtschulwoche „Frankfurt in der Welt – die Welt in Frankfurt“, drei Karikaturenwettbewerbe mit mitteleuropäischer, indischer und weltweiter Reichweite, Solidarisch leben lernen e. V. (SOLILE).

Die Liste zeigt, dass Kai Friedrich Schade sich an Schnittstellen von drei Issue Areas befand, die prägend für die Konstituierung der Zivilgesellschaft des westlichen Nachkriegsdeutschlands waren und dieses in seiner demokratisch postfaschistischen Identität gestalteten, nämlich der Friedensbewegung, der Umweltbewegung und der Solidaritätsbewegung mit den Armen in den Entwicklungsländern, Fanons „Verdamnten dieser Erde“.

Im Mittelpunkt des Lebenswerks von Kai Friedrich Schade stand die Zeitschrift *Entwicklungspolitik*, deren Profil er in zahllosen Kämpfen als aufklärerisches Informationsorgan und als in ihrer Unabhängigkeit immer wieder zu verteidigende Diskussionsplattform maßgeblich entwickelte und in multiplikativer Weise der Öffentlichkeit weit über den direkt anzusprechenden Adressatenkreis der „highly involved people“ hinaus attraktiv machte, wenn auch wohl nur vorübergehend, wie der spätere Wandel der Zeitschrift nach seinem Ausscheiden als Chefredakteur heute als auf die Ökumene im engeren deutschen Zuschnitt orientiert und im Vergleich zu früher reduziert anzudeuten droht.

Entwicklungspolitik war ein Diskussionsforum, in dem Wissenschaft, Politik und näher und weiter stehende gesellschaftliche Kräfte sich präsentierten und argumentativ wetteiferten. Als Diskussionsplattform war die Zeitschrift ein Vehikel, das der Wissenschaft den Ausbruch aus ihrem Elfenbeinturm erlaubte. Kai Friedrich Schade und seine Mitarbeiter durchstreiften die Welt der Akademia, um hinter verfestigten Lehrmeinungen und Schulen Neues,

neue Ideen und junge Wissenschaftler aufzuspüren. Die Liste der Autoren liest sich wie ein Gotha der deutschen wirtschaftswissenschaftlichen, soziologischen, erziehungswissenschaftlichen und politikwissenschaftlichen Diskussion, die sich in der Abgrenzung der jungen Generationen gegen die restaurativen Tendenzen der unmittelbaren Nachkriegsjahre nicht nur in den sogenannten 1968ern, sondern mit viel größerer Breitenwirkung seit dem Scheitern der CDU-Kanzlerschaft unter Ludwig Erhard durchsetzte, und die die zuvor eher in Lippenbekenntnissen formulierte demokratische Aufklärung nachhaltig durchsetzte. Ich nenne stellvertretend für viele: Ulrich Albrecht, Ernst-Otto Czempel, Ihring Fetscher, Johan Galtung, Erhard Meueler, Franz Nuscheler, Detlev Kantowsky, Ekkehart Krippendorff, Kurt Leisinger, Wolfgang Sachs, Dieter Senghaas, Winfried von Urff, Hans-Jürgen Weiß, Ernst-Ulrich von Weizsäcker aus der Wissenschaft; Erhard Eppler, Uwe Holtz, Winfried Pinger, Jürgen Todenhöfer aus der Politik.

Viele Bezüge aus der deutschen akademischen Diskussion wurden in der *Entwicklungspolitik* für ein breites Publikum nachvollziehbar präsentiert. Viele neue Initiativen aus der Politik wurden hier zur Diskussion gestellt.

Dass Schades beruflicher Weg im Umfeld des diese Tendenz des Bruchs wie wenig andere repräsentierenden Brandt-Weggenossen Erhard Eppler seinen Anfang nahm, ist deshalb kein Zufall, ebenso wenig wie die erste Herausforderung, die überschießenden Forderungen der außerparlamentarischen Opposition der Jugend in einen Dialog einzubinden, der diese zu machbarer Politik umwandeln konnte, um das Verpuffen in politisch sterile idealistische Verweigerung zu vermeiden.

Die Zeitschrift *Entwicklungspolitik* hat mit der kontroversen Diskussion von Ideen und Initiativen – über ein breites Spektrum der politischen Landschaft der damaligen Bundesrepublik – die Entwicklungspolitik aus zwei gefährlichen Verkettungen herausgelöst:

- dem durch Mitleid geprägten Auftrag der Milderung von Armut aus (christlicher, aber auch säkularisiert abendländischer) Nächstenliebe, bei dem Strukturen nicht hinterfragt wurden, sondern auf Beseitigung von Symptomen hingearbeitet wurde;
- der Einbindung in außenpolitische und außenwirtschaftliche Interessen, die in Antwort auf die nach den Erschütterungen des Zweiten Weltkriegs unausweichlichen Beschleunigung der (schon mindestens ein Jahrzehnt zuvor einsetzenden) Entkolonialisierung auf die Bildung neuer Brückenköpfe in den von den alten Mechanismen der imperialistischen und kolonialistischen Machtsicherung nicht mehr beherrschbaren Gesellschaften in Asien, Afrika und Lateinamerika aus waren.

Dieser Weg war durch viele Hindernisse und Fallen geprägt. Mitleid und Nächstenliebe sind wichtige Werte in der Welt der protestantischen Kirchen, besonders in Nachkriegsdeutschland gewesen, wo die pietistischen Tendenzen gerade deshalb und wohl historisch auch zu Recht stark waren, weil sie der faschistischen Versuchung – insbesondere in den konfessionell gemischten Gebieten des Westens und Südens Westdeutschlands – am frühesten und am nachhaltigsten Widerstand geleistet hatten. Sie waren weltweit in jenen Teil der protestantischen Welt eingebettet, der in der Form der Missionsgesellschaften und der Kampagnen gegen die Sklaverei schon im 19. Jahrhundert über ein historisches Erbe anticolonialistischen Widerstands verfügte, aber gerade in dieser Tradition die Notwendigkeit gesamtgesellschaftlicher und gesamtwirtschaftlicher auch revolutionärer Umgestaltungen weniger in das Blickfeld einbezog als die eher kleinräumliche Linderung direkt sichtbarer Not.

Gerade im Kontakt mit der Generation des Aufbruchs der Jugend seit Mitte der 60er Jahre war bei Bloßstellung interessenpolitischer Vermachtung der entwicklungspolitischen und nord-süd-politischen Entscheidungsträger die Gefahr schwer zu vermeiden, Wasser auf die Mühlen einer damals weit verbreiteten simplifizierenden Kapitalismuskritik zu leiten. Die prinzipiell großen Möglichkeiten unterschiedlicher Orientierung innerhalb des Kapitalismus waren in den späten 60er Jahren in der linkshegelianisch geprägten Marx-Rezeption der akademischen Linken durch rigoristische Ableitungsphantasien gezeugnet worden. An die Stelle der Auslotung von politisch durchsetzbaren Reformmöglichkeiten waren dürre Dogmen gesetzt worden. Wer dabei übrigens durchaus in kritischem Bezug auf die Marx'sche Theorie Veränderungsmöglichkeiten gleichwohl als ohne die „große“ Revolution implementierbar behauptete, riskierte leicht, als „Reformist“ beschimpft zu werden, der den historischen Prozess der Revolution eher behindere, weil er Illusionen verbreite. Es gehört zu den Treppenwitzen des westdeutschen kleinbürgerlichen Marxismus der 60er und 70er Jahre, dass manche der Wortführer dieser Position heute zu den Protagonisten der Auffassung gehören, dass Globalisierung eben unkorrigierbar als Schicksal zu erleiden sei, das nicht zu gestalten wäre, oder gar die Eingliederung der Bundesrepublik in Kautskyanische ultraimperialistische Allianzen von kapitalistischen Interventionsmächten vorangetrieben haben.

Nicht zufällig waren im Bereich von Schades *Entwicklungspolitik* im Unterschied zur übrigen Entwicklungspolitik diese rigoristischen marxistischen Positionen selten. Der Zeitschrift gebührt im Nachhinein dafür Anerkennung, dass sie einer offenen Theoriediskussion Raum gab und dabei zugleich auf konkrete Möglichkeiten der Veränderung hinwies.

Erreicht wurde diese Differenziertheit auch dadurch, dass die Zeitschrift Stimmen aus der Dritten Welt Gehör verschaffte. Sie wurde die breiteste Quelle für relevante Texte aus Asien, Afrika und Lateinamerika, die ohne sie die deutsche Öffentlichkeit nie erreicht hätten. Die Zeitschrift wurde deshalb auch gerade wegen ihrer breiten journalistischen Berichterstattung und Diskussion in multiplikativ wirkenden Kreisen intensiv genutzt und rezipiert.

Frühzeitig wurde erkannt, dass die Aufmerksamkeit für eine solche differenzierte Position nur dann gesteigert werden konnte, wenn die metakommunikativen Einstellungsmuster möglicher Adressaten korrigiert werden konnten. Die Zeitschrift war deshalb an der allfälligen Aufhellung von Inhalten des Alltagsbewusstseins in ihrem Politikfeld in Deutschland offensiv beteiligt, so in der Untersuchung von Topoi zur Dritten Welt, die zum Beispiel gängig, übrigens nach Schultyp verschieden, in deutschen Schulbüchern vermittelt wurden. Fast legendär wurde die aus letzterem erwachsene Publikation „Heile Welt und Dritte Welt – Medien und politischer Unterricht – Schulbuchanalyse“, vorgelegt von Karla Fohrbeck, Andreas J. Wiesand und Renate Zahar.

Kai Friedrich Schade wurde für seine journalistische und redaktionelle Tätigkeit mehrfach mit Ehrungen bedacht. Viermal erhielt er allein den „Medienpreis Entwicklungspolitik“, verliehen von den Bundespräsidenten Walter Scheel, Richard von Weizsäcker, Johannes Rau und Horst Köhler.

Solche Aufklärung konnte nur organisieren, wer drei Eigenschaften mitbrachte, nämlich eigene wissenschaftliche Kompetenz, Mut und Bescheidenheit.

Kai Friedrich Schade hat selbst wissenschaftlich gearbeitet. Er publizierte in angesehenen Zeitschriften, wie der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, German Economic Review, International Social Science Review, Intereconomics und anderen und hat zu wichtigen Sammelbänden beigetragen oder sie herausgegeben, zum Beispiel „Dritte Welt in den Medien der Schule“ in der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung.

Kai Friedrich Schades Stärke lag in der sokratischen Funktion der Hebamme. Wo Neues von ihm wahrgenommen wurde, hat er (häufig noch sehr junge) Autoren ermutigt und sie lanciert. Er hat ihnen bei Gesprächen aufmerksam zugehört, in der Vorbereitung von Publikationen in seiner Zeitschrift sie mit gezielten Fragen zur Zuspitzung und Differenzierung ihrer Thesen ermuntert, ihre Beiträge auf die in Folgebeiträgen noch zu vertiefenden Aspekte abgeklopft und die Autoren bei den sich entspinrenden Kontroversen solidarisch begleitet.

Überragende Eigenschaften von Kai Friedrich Schade sind jedoch seine Unerschrockenheit und sein Mut. Nur vordergründig ist hier seine Auseinandersetzung mit staatlichen Institutionen zu nennen. Sicher war das Gesellenstück der Kampf gegen die Bespitzelung durch den Bundesnachrichtendienst. Dieser hatte wegen der im Auftrag des damals amtierenden Ministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit aufgenommenen Kontakte zur außerparlamentarischen Opposition die Entlassung aus dem Dienst des Ministeriums betrieben, die vom nachfolgenden Minister Erhard Eppler dann verhindert wurde.

Da in der Folgezeit Kai Friedrich Schade nach einer ebenso kurzen wie äußerst intensiven Tätigkeit im Entwicklungsministerium nicht mehr im öffentlichen Dienst tätig war – im Mittelpunkt seiner Tätigkeit stand dann ja die Zeitschrift –, hatte Kai Friedrich Schade von staatlichen Institutionen insgesamt weniger Drastisches zu befürchten, vom weiteren Interesse des BND und MAD einmal abgesehen.

Noch mehr Unerschrockenheit und Mut waren jedoch in der Auseinandersetzung innerhalb der Zivilgesellschaft, in der Kai Friedrich Schade operierte, erforderlich. Kai Friedrich Schade musste sehen, dass Macht in unserer Gesellschaft nicht dem Verfassungsverständnis der Liberalen des 19. Jahrhunderts entsprechend primär von staatlichen Instanzen gegen eine vorwiegend dem Freiheitsziel verpflichtete Zivilgesellschaft ausgeübt wird, sondern selbst die Zivilgesellschaft strukturiert. Er leitete eine Zeitschrift, die organisatorisch bei Institutionen der Zivilgesellschaft, hier unmittelbar der Nachrichtenagentur epd (Evangelischer Pressedienst) angesiedelt war. Wie andere Institutionen der Zivilgesellschaft nahmen auch die Institutionen der Zivilgesellschaft, die der Zeitschrift nahe standen, am Meinungsbildungsprozess der Gesellschaft teil. Dieser Meinungsbildungsprozess vollzog sich jedoch nicht allein über das Argument. Gewiss haben diese Institutionen Argumente präsentiert, um Gegenpositionen argumentativ zu entkräften und eigene Positionen in ihrem Ansehen in der Öffentlichkeit zu festigen. Es ging ihnen jedoch bei dieser als Argument präsentierten Profilierung auch um die Festigung der metakommunikativen Einstellungsmuster ihnen mehr oder weniger zugewandter Teile der Öffentlichkeit. In einer solchen Auseinandersetzung spielte nicht nur das einzelne Argument zu einer spezifischen Frage eine Rolle. Argumente sollten gleichzeitig langfristig wirksame Bilder über den Sender und seine Konkurrenten beeinflussen.

„Wenn selbst dieser Akteur dies oder jenes sagt, dann muss dasselbe Argument, vom Gegner vorgetragen oder zugespitzt, doch wohl eher richtig sein“, oder „wenn dieser Sender sich auf ein Argument eines Konkurrenten

einlässt, dann – so wird als erwiesen angenommen oder befürchtet – zeigt dies die nunmehr größere Glaubwürdigkeit des Rivalen.“

Vielleicht gibt es in der Zivilgesellschaft Akteure, die sich in ihrem Verhalten der herrschaftsfreien Gesprächssituation eines Habermas annähern. Je größer die Rolle der Zivilgesellschaft für den Meinungsbildungsprozess, desto mehr müssen die Sender darauf achten, die Kosten der Überzeugungsarbeit zu vermindern. Sie haben davon auszugehen, dass Adressaten und Konkurrenten komplexe Zusammenhänge nur in Einzelfällen voll ausdiskutieren, so dass unter der Prämisse von Unsicherheit ähnlich der Entscheidungsprozesse innerhalb der Ökonomie Daumenregeln befolgt werden müssen, die – da sie nicht unbedingt situationsangemessen sind – dann besonders erfolgreich sind, wenn ihre Ergebnisse von einem eher wohlwollenden Publikum aufgenommen werden, das sie nicht unbedingt hinterfragt. Sender können deshalb die Kosten ihrer Überzeugungsarbeit vermindern, wenn es ihnen gelingt, auf der metakommunikativen Ebene Beziehungen des Vertrauens zu den von ihnen besonders angesprochenen Teilen des Publikums herzustellen. Wenigstens einige, und vielleicht zunehmend viele Akteure verhalten sich dann in ihrer Kommunikation strategisch: Das aktuell vorgebrachte Argument darf selbst in seiner Einbettung in die Auseinandersetzung für die langfristig zu schaffende Vertrauensbasis und damit für das immerfort zu pflegende Image nicht kontraproduktiv wirken, indem es Zweifel schaffen könnte.

Eine Zeitschrift, die laufend neue Diskussionen lanciert und bisher Geglaubtes in Frage stellt, ist hier ein Störfaktor. Sie muss im Interesse der Reduzierung der Kosten der Durchsetzung eigener Argumente „eingebunden“ werden. Und dazu muss eine solche Zeitschrift wie *Entwicklungspolitik* selbst bei Beachtung der journalistischen Freiheit in die Langfriststrategie des Umfelds eingebunden werden, gegebenenfalls auch durch eine mehr oder weniger sanfte Verdeutlichung von Anreizstrukturen des Umfelds in Bezug auf die Entscheidungsstrukturen der Zeitschrift. Kai Friedrich Schade hat in einem jahrelangen Kampf um die Unabhängigkeit seiner Zeitschrift auch gegenüber den Kräften der Zivilgesellschaft, mit denen sie verbunden war, Flagge zeigen müssen.

Ich habe ihn dabei nicht nur bewundert, sondern in gewisser Hinsicht auch beneidet. Ohne seine Frau Susanne, die heute unter uns ist, hätte er nicht die Kraft gehabt, diesen Kampf durchzustehen, bei dem ja auch häufig Mitarbeiter im engeren Umfeld von den „vernünftigen“ verbündeten Kräften aus der Zivilgesellschaft für solche „strategischen“ Positionen gewonnen wurden. Susanne hat mit ihrer eigenen Selbstständigkeit ihm „den Rücken“ frei gehalten und ihn beim Festhalten am eigenen Ziel der Offenheit des diskursiven Verhaltens gegen das geforderte strategische Verhalten gestützt.

Nicht nur mit den eigenen Zielsetzungen, sondern auch mit dem eigenen Lebensschicksal steht Kai Friedrich Schade für eine in unserer eigenen Wissenschaft viel zu wenig thematisierte Besonderheit des Ideals der diskursiven Offenheit. Am Anfang des Kampfs der bürgerlichen Gesellschaft um ihre Emanzipation von politischer Bevormundung durch etablierte Mächte stand die Entlegitimierung der Herrschenden. Als dieser Kampf gewonnen war und der „freie“ Diskurs zumindest idealiter Quelle der Legitimation von Herrschaft werden konnte, war die Behauptung von Macht davon abhängig geworden, dass die Inhaber von Macht im Diskurs der Zivilgesellschaft gestützt wurden. Die Anwendung von anderen Ressourcen als der Vernünftigkeit von Argumenten wurde in die von Macht frei nur gedachte Zivilgesellschaft, auch in ihre Medien aber hineingezogen. Die Bewahrung des Rechts auf Befolgung sachbezogener Vernünftigkeit muss von einem dezentral operierenden Akteur aus einer Position relativer Machtlosigkeit stets aufs Neue gegen auch zivilgesellschaftliche Akteure mit strategischem Kommunikationsverhalten und daraus resultierender relativer Machtfülle stets neu erstritten werden. An der Drohung von Journalisten gegenüber einem Politiker im letzten Jahrzehnt, ihn in wenigen Monaten „herunterschreiben“ zu können, wird dieses machtstrategische Verhalten deutlich. Solche Macht hat ihre Grundlage in der fehlenden Bereitschaft des Publikums, in jeder einzelnen Frage „den Dingen auf den Grund“ gehen zu wollen, um nicht an Überinformation zu scheitern. Wir kennen solches Verhalten aus der Theoretisierung des Unternehmerverhaltens. Hier werden oft Daumenregeln befolgt anstatt der wirtschaftswissenschaftlich modelltheoretisch konstruierten Regel der Optimierung von Entscheidungen im Verhältnis zu Wirtschaftsdaten, weil auch die Informationsbeschaffung und -verarbeitung Kosten verursachen. Ähnlich werden im Bereich der Diskurse nur einzelne Themenbereiche zum Teil wegen der Betroffenheit von gesellschaftlichen Interessen auf ein Niveau gehoben, bei dem eine ausreichende Zahl von Kommunikatoren eine gründliche Erörterung der Argumente für zweckmäßig hält, anstatt tradierten oder von mächtigen Gruppen ad hoc behaupteten Inhalten zu folgen. Sicher und weiterer Überprüfung nicht bedürftig erscheinen insbesondere solche Inhalte, die von Autoritäten verbreitet werden, die sich in vergangenen Kontroversen Prestige erworben haben. Kommunikatoren auch im zivilgesellschaftlichen Bereich müssen, ähnlich wie von mir bei den Staatsklassen aufgezeigt, auf Prestige und Glaubwürdigkeit achten, um die Kosten der sonst real notwendigen Implementierung ihrer Inhalte im Diskurs zu vermindern und, im Hinblick auf nicht vermeidbare Issues, zu optimieren.

Unsere Sicht der Zivilgesellschaft hat sich dieser Vermachtung noch nicht angepasst. Wir träumen von der Herstellbarkeit der Sphäre des

herrschaftsfreien Diskurses, weil die Legitimität bürgerlicher Gesellschaft, auf der unser Sozialvertrag beruht, aus der Polarität zwischen politisch staatlicher Sphäre von Herrschaft und kritischer herrschaftsfreier Sphäre der sich vom Staat emanzipierenden Gesellschaft beruht.

Was aber, wenn die herrschaftsfreie Zivilgesellschaft nur eine an historisch partikuläre Konstellationen gebundene Konfiguration ist? Die Emanzipation der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber vermachteten Strukturen des Ancien Regime hat sich in einer Zeit vollzogen, in der das Ancien Regime zunehmend auf in ihrer Legitimität niedergehende Institutionen der Aneignung von Renten begrenzt wurde. Die Bourgeoisie, wenigstens immer „neu auftauchende“ Schichten der Bourgeoisie, die sich nur unter der Bedingung freier Konkurrenz mit Innovationen in immer neuen Produktionszweigen durchsetzen konnten, wollte die Abschaffung der Reglementierung von Wirtschaft. Ihr Zugang zum wachsenden wirtschaftlichen Überschuss beruhte auf der Wettbewerbsfähigkeit auf tendenziell vollkommenen Märkten. Die herrschaftsfreie Aneignung von Profit statt Renten erforderte keine Vermachtung der Zivilgesellschaft. Sie konnte sich damit auf die weitere Zersetzung hergekommener Autoritäten beschränken.

Mit den konkurrenzorientierten Bürgern trat in Wettbewerb die sich herausbildende Arbeiterklasse, die die Forderungen einer Vielfalt ihrer Mitglieder unter den Bedingungen der Generalisierung des Lohnarbeitsverhältnisses auf allgemeine Regeln für den Arbeitsvertrag, Lohnsatz, Arbeitszeit, rudimentäre Arbeitsbedingungen bündeln musste. Ihr Zugang zum steigenden Produktionsergebnis hing nicht von Einzelmaßnahmen zugunsten partikulärer Interessen ab, sondern von der Konfrontation zwischen Kapital und Arbeit im Rahmen tendenzieller Vollbeschäftigung, innerhalb derer Arbeit knappheitsbedingt selbst im individuellen Arbeitsvertrag produktivitätsorientierte Lohnsteigerungen durchsetzen konnte. Politisierung erfolgte entlang gesellschaftlicher Lager auf der Grundlage zweier rivalisierender Weltansichten, weil die Tendenz zur Vollbeschäftigung nur zeitweise arbeitsmarktpolitisch wirksam war, so dass zusätzlich Solidarität zur Wahrung schon erstrittener Erfolge notwendig war.

Mit dem Niedergang der Kräfte des Ancien Regime entfiel für die Bourgeoisie der sie auf homogene Interessenwahrnehmung verpflichtende Gegner. Die Zugänglichkeit von ihr selbst beeinflussbarer Institutionen schuf Fraktionen mit unterschiedlicher Marktmacht und damit unterschiedlichen Interessen.

Mit dem Anstieg der Realeinkommen für Arbeit und der zunehmenden Diversifizierung der für Produktivitätssteigerung notwendigen Qualifikation differenzierten sich auch die Lebenslagen der Arbeiter. Der politische

Kampf um nunmehr aus der Tendenz zu Marktunvollkommenheiten dezentral auftretenden Monopolrenten leitete eine Segmentierung der beiden Klassen der bürgerlichen Gesellschaft ein. Der Rückgang der Knappheit als Folge der Entwicklung der Produktivkräfte ließ neben den sicher immer noch strukturbildenden Verteilungskonflikten weitere, zuletzt sogar „postmaterialistische“ Zielsetzungen an Bedeutung gewinnen. Häufig handelt es sich um kollektive Güter, deren Erstellung kollektiv organisiert werden muss. Dies erfordert wiederum die Bildung in ihren jeweiligen Zielsetzungen begrenzter politischer Strukturen mit partikulären Organisationsinteressen, an die partikuläre Interessen verfolgende private Bürokratien angebonden sind, die durchaus – so belegt in der Kritik der Nichtregierungsorganisationen in der Dritten Welt – in ihrem Verhalten den als „ehernes Gesetz der Oligarchie“ beschriebenen Regeln folgen.

Im Kampf gegen die Kräfte des Ancien Regime konnte die Zersetzung alter Weisheiten reichen, um den aufsteigenden Klassen, Bourgeoisie und Arbeiterschaft, die Zerschlagung der gegnerischen Legitimität zu erlauben. In diesem Kampf waren Räume der Diskussion entstanden, in denen primär die Zersetzung vermachteter Strukturen der Bewusstseinsbildung ausreichte, also Aufklärung. Hier wurden relativ homogene Klassen durch intellektuelle Produktionen ausreichend bedient, die vermachtete Strukturen entlegitimierten, ohne dabei andere neue Legitimationen aufbauen zu müssen. Dies erklärt die Konzentration auf die Rechtfertigung der bürgerlichen Freiheitsrechte und der wie immer sozialpolitischen abgesicherten Gleichheit in der Form der Bestimmung des Ausmaßes von Regelungen, die im Arbeitsvertrag Platz finden dürfen, zum Beispiel die maximale Arbeitszeit.

Zerfallen die beiden Klassen der bürgerlichen Gesellschaft durch verstärkte Marktunvollkommenheiten, Ausdifferenzierung der Zielsetzungen in der Folge des Endes generalisierter Armut der vielen und des Wegfalls eines auch juristisch (Ständegesellschaft) privilegierten Ancien Regime, bemächtigen sich rivalisierende Gruppen der Deutungsmacht, um ihr Interesse an Überleben zu befriedigen. Die Zivilgesellschaft ist nicht mehr der Tummelplatz von als „Autoren“ auftretenden Protagonisten der Kritik, sondern der Organisation der Auseinandersetzungen zwischen partikularistisch orientierten Organisationen. Es ist modisch geworden, diese organisatorischen Strukturen als Netzwerke zu rühmen, um zu behaupten, dass hier nicht politische Herrschaft ausgeübt wird. Wie viele Produzenten von Ideen können sich heute noch ohne solche Netzwerke Gehör verschaffen?

Tatsächlich sind solche Netzwerke, in denen sich alte und neue Kräfte und Organisationstypen zusammenschließen – exemplarisch in den Kirchen und den um sie sich gruppierenden Nichtregierungsorganisationen – aber Teile

eines Machtwettbewerbs, allein schon deshalb, weil jede einzelne Organisation auch ihr Interesse am eigenen Überleben verteidigt. Dazu müssen sie Zugriff auf Ressourcen verteidigen. Es reicht dazu nicht, dass ihre Argumente als richtig wahrgenommen werden. Entscheidend ist, dass ihre Argumente als ihnen zuzuordnende und damit ihre Legitimität begründende wahrgenommen werden. Das gleiche Argument als Ressource einer rivalisierenden Organisation kann dann gefährlich werden, wenn mit dieser Organisation kein „Erträngnisteilungsvertrag“ in Form einer Netzwerkverbindung geschlossen werden kann. Machtsicherungsstrategien zur Verteidigung der eigenen Domäne werden notwendig. Nichtregierungsorganisationen sind nicht verschieden von anderen Organisationen, die auf (Deutungs-) Macht und die für Deutungsmacht notwendigen komplementären Ressourcen ausgerichtet sind, die sie durch Macht aus dem gesamtwirtschaftlichen Produktionsergebnis beziehen, auf der Grundlage von Macht, also als Renten. Sie können dann machtbewusstes Handeln nicht vermeiden und sind also – ähnlich den guten alten Kaisern – gegenüber ihrer Ressourcenbasis aus der Welt von Arbeit und Produktion bestenfalls wohlwollend.

Für die Aufklärung bestand die Zielsetzung der Ideenproduktion in der Befreiung von selbst verschuldeter Unmündigkeit. Marx hat diese Analyse vertieft. Durch Aufhebung von Entfremdung (als Beschränkung von Gleichheit durch die Ersetzung selbstbestimmter Tätigkeit durch fremdbestimmte Arbeit für Produktion von marktgängigen Waren) und von Ausbeutung (als Vorenthaltung materieller Ressourcen für die Entfaltung der Persönlichkeit der großen Masse, nämlich der keine Produktionsmittel besitzenden Arbeiter) sollten alle, und nicht nur wenige Privilegierte, sich aus der vom Ancien Regime auferlegten Unmündigkeit befreien können.

Weil dieser Kampf gegen das Ancien Regime von Bourgeoisie und Arbeit erfolgreich geführt wurde und weil dabei Arbeit durch Lohnsteigerungen den Kapitalismus vor Überproduktionsgefahren, fallenden Profitraten und Einschränkung der Wachstumsmöglichkeiten gegen die kurzfristig formulierten Interessen der Kapitalisten retten konnten, gelang in der heute entwickelten Welt die Beseitigung von Knappheit materieller Ressourcen.

In der Folge entstand eine reichhaltige, durch unterschiedliche Zielsetzungen geprägte Zivilgesellschaft, in der – wegen des erreichten Lebensstandards – die unmittelbaren materiellen Interessen transzendiert wurden.

Im Bereich der Entwicklungspolitik und der Nord-Süd-Beziehungen ist diese Abkopplung von der Vertretung der unmittelbaren zunehmend ausdifferenzierten Interessen des Arbeits- und Produktionssektors besonders stark.

Letztlich ist die unterentwickelte Welt für die Reproduktion des entwickelten Kapitalismus unwichtig. Die Durchsetzung der industriellen Revolution in Nordwesteuropa beruhte nicht auf der Ausbeutung der Dritten Welt. Wer von solcher Ausbeutung zu viel bekam, wie Spanien und Portugal, erlitt wie heute die Ölländer Stagnation durch „Dutch Disease“. Die Märkte für die ursprünglich qualitativ niedrigen Massenprodukte der sich industrialisierenden Wirtschaften entstanden durch steigende Realeinkommen der Masse in der sich industrialisierenden Welt Europas und der Siedlungskolonien der neuen Welten. Bis Ende des 19. Jahrhunderts spielten die Rohstoffe der Dritten Welt für das industrielle Wachstum der ersten Welt eine eher begrenzte Rolle. Kohle und Stahl kamen aus den Zentren der industriellen Entwicklung. Vollkommenen Wettbewerb auf den Energiemärkten hat die führende Industriemacht, die USA, bewußt, und heute durch Tolerierung der OPEC und deren Monopolstrategien (dies spätestens seit 1969) erfolgreich verhindert, weil vollständige Konkurrenz auf den Weltenergiemärkten angesichts der Verteilung der Öllager zu gefährlicher Abhängigkeit des Westens von einer politisch unsicheren nicht entwickelten Dritten Welt geführt hätte. Auch ohne Billigwarenimporte aus China wäre unser Wohlstand in den letzten Jahrzehnten vergleichbar gewachsen.

Ausbeutung der Dritten Welt ist nicht notwendig für Wachstum. Entwicklung im Süden ist kompatibel mit weiterem Wachstum im Westen. Solche Entwicklung im Süden ist heute angesichts der Auswirkungen der über Exporte verarbeiteter abwertungsgetriebenen verbilligter Produkte auf die Aufrechterhaltung der Verhandlungsmacht von Arbeit in der Regulierung von Produktionskapazität und Konsumtionskapazität im Westen eine Voraussetzung für die dauerhafte Aufrechterhaltung von kapitalistischen Wirtschaften hierzulande.

Weil die materiellen Interessen des Westens in der Entwicklungspolitik gering sind und sich auf äußerst partikuläre Weise äußern (zum Beispiel in der Vergabepolitik für Entwicklungshilfe zugunsten von Ländern, von denen sich Unternehmen im eigenen Land Aufträge erhoffen), sind in diesem Politikfeld die Organisationen der Weltdeutung besonders stark. Sie müssen mit ihren Deutungsmustern Einfluss gewinnen und dabei das schwache Band des Appells an die Beziehung zwischen der eigenen Respektabilität und in der Gesellschaft geglaubten Konkretisierungen moralischer Werte pflegen. Sie müssen nicht nur argumentativ überzeugen, sondern auch die in der Gesellschaft verbreiteten Bedingungen für die Möglichkeit stärken, dass in der Gesellschaft ihre Argumente wahrgenommen werden. UNICEF hat gezeigt, wie fragil das Kapital „Ansehen“ ist und wie stark es komplettiert werden muss durch professionelle Lobbytätigkeit, nämlich vermachtete

Kommunikation. Um hier erfolgreich zu sein, müssen für die Organisationen wichtige Politikfelder kolonisiert werden. Netzwerke sind nichts anderes als Firmenzusammenschlüsse, die Produktpflege betreiben. Durch ihre Rivalität würden sie sich gegenseitig schaden. So sind viele der Aussagen zu den Auswirkungen wirtschaftlicher Tätigkeit auf den Klimawandel wissenschaftlich nicht abgesichert, sondern letztlich Vereinbarungen miteinander kooperierender und rivalisierender vom Thema Klimaschutz lebender Organisationen. Jede einzelne darf sich nicht mit zu starken Katastrophenszenarien hervortun, weil sie sich sonst von den anderen isolieren und von diesen gemieden würde, mit der Folge von Prestigeverfall. Auf der anderen Seite muss innerhalb des „vernünftigen“ Bandes von Szenarien jede Organisation dafür sorgen, als besonders engagiert und damit glaubwürdig zu erscheinen.

Der Kampf gegen die Opferung von argumentativer Korrektheit gegen die „Political Correctness“ in der Prestige der Organisationen sichernden vermachteten und vermachtenden Kommunikation durchzieht Lebenswerk und Lebenslauf von Kai Friedrich Schade. Er hatte zu lernen, dass nicht nur die Mächte des Staats, die etablierten Gruppen, die, heute würde man sagen, von Souveränitätsrenten leben, ähnlich dem über den Absolutismus in den nationalistischen Kriegsführungsstaat des europäischen imperialistischen Zeitalters geretteten Staats – , sondern auch die moderne Zivilgesellschaft Mächte generiert, die den angestrebten herrschaftsfreien Diskurs erdrücken, um in der Zivilgesellschaft jene Strukturen zu schaffen, die an gerade dieser Selbstbehauptung und damit auch an Macht orientierte bürokratisch organisierte Gruppen begünstigen.

Kai Friedrich Schade stand und steht als Streiter für Aufklärung gegen die Kolonisation von Diskussionsfeldern, gegen organisierte Deutungsinteressen, die in aufklärerischer Absicht vorgetragene neue Themen und Thesen für sich selbst besetzen und dann im eigenen Machtinteresse verbiegen und manipulieren und dabei durchaus hemdsärmelig für sich den Status des guten Menschen beanspruchen, den sie anderen mit dem Keulenschlag des Vorwurfs des Verstoßes gegen „Political Correctness“ verweigern.

Kai Friedrich Schade steht als mutiger Streiter gegen diese neue Form von Vermachtung von Zivilgesellschaft.

Mit der Würde eines Ehrendoktors zeichnet die Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie nicht nur ein Lebenswerk aus, das im Dienst von Aufklärung in einem von dieser Fakultät betreuten Politikfeld stand. Sie weist in der Person des Ausgezeichneten auch auf diese neuen Tendenzen hin, gegen die er sich wandte, mit der Feder und mit dem Wort.

Sie setzt damit auch ein Zeichen: Die Wandlungen der nur scheinbar herrschaftsfreien Zivilgesellschaft sollten stärker wissenschaftlich bearbeitet werden, um die Bedingungen des herrschaftsfreien Diskurses zu sichern.

In Kai Friedrich Schades Leben hat Asien manches zum mutigen Eintreten für Konzentration auf das Argument beigetragen. Vielleicht kommt daraus sein immer stärkeres Interesse an dieser Welt in den letzten Jahren. Selbstverständlich waren historisch die asiatischen Kulturen nicht weniger der manipulativen Instrumentalisierung von Kommunikation ausgesetzt, als dies in Europa der Fall war, wo dies permanent im Rahmen von Kirchenreformen, oft eingebettet in breite Volksbewegungen, darunter die deutsche Reformation des Martin Luther, angegangen wurde. In mancher Hinsicht hat die asiatische Betonung der nicht aktiven, sondern kontemplativen Religionen der Achsenzeit, die weltliche Niederlagen und Rückzug aus der Welt stärker als das Christentum einbeziehen, die für herrschaftsfreie Kommunikation notwendige Voraussetzung der Bereitschaft des Individuums zur Autonomie gestützt. Man kann sich im Buddhismus nur selbst befreien. Die Selbstbefreiung impliziert, dass man nicht auf einen intersubjektiv vermittelbaren Sinn in der Welt hoffen kann. Man bleibt damit frei in der Relativierung aller Deutungsmuster, gerade auch der eigenen.

Kai Friedrich Schades Hinwendung zur Karikatur – er hat insbesondere die Karikatur aus den Ländern der Dritten Welt als Stimme des „Südens“ in den Diskurs über die Nord-Süd-Konfliktkonfiguration eingeführt – spiegelt diese Einsicht: Ob Karikatur zersetzt und nichts Positives aufstellt, sei dahingestellt. Letztlich ist Fähigkeit des Individuums zur Autonomie die Fähigkeit zum Aushalten der unvermeidlichen Relativität alles Positiven.

Fragt sich, ob die zur Autonomie Befreiten nur einsame Streiter bleiben, die sich letztlich als weltabgewandte Sanyassin oder buddhistische Mönche aus der Welt zurückziehen müssen, weil sie diese gegen die vermachtete Manipulation nur verändern könnten, wenn sie sich gleich vielen „organischen Intellektuellen“ der heutigen „Political Correctness“ instrumentalisieren lassen.

Man mag es nicht wünschen, aber es könnte so kommen.

Dann verlören wir eine wichtige Errungenschaft des zivilisatorischen Prozesses, der durch den Kampf der (faulen) Menschen um Effektivierung ihrer Arbeit ausgelöst wurde. Der Kapitalismus stellt die bisher letzte Phase dieses Prozesses dar, weil hier unter den (nie vollständig realisierten) Bedingungen des vollständigen Wettbewerbs die Gesamtsumme des als Überschuss anzueignenden Teils des Wirtschaftsergebnisses den privaten Ausgaben für Investitionen entsprechen muss, so dass Renten (außer Differentialrenten)

beseitigt und damit die Grundlage für nicht von demokratischen Bürgern gebilligte, auf partikularer Macht beruhende Einkommen beseitigt werden. Wenn aber über die wachsende Zähigkeit der Märkte in der Folge der Vervielfachung temporärer technischer Monopole, darauf aufbauender Oligopolisierungstendenzen und im Rahmen wachsenden Wohlstands zunehmender Lässigkeit bei der Bereicherung von mehr oder weniger tolerierten Aktivistengruppen innerhalb der Zivilgesellschaft die Grundlagen für die Vermachtung von Zivilgesellschaft entstehen, dann liegt in der doppelten Fähigkeit der zersetzenden Kritik und der Aufrechterhaltung der Autonomie des Individuums gegen die frühzeitig beobachtete Außenleitung der Menschen die einzige Chance, die Werte der bürgerlichen Revolution zu bewahren. In einer Welt der Globalisierung von Renten aufgrund der Zerstörung der Knappheit von Arbeit werden unsere Nachkommen vielleicht die Zeit von Kapitalismus und bürgerlicher Gesellschaft als für die Entfaltung des Individuums paradiesisch zurückwünschen, ohne dazu angesichts des Reichtums der Menschheit fähig zu sein.

Dankesworte und Wissenschaftlicher Vortrag

„'Öffentlicher Diskurs zu Entwicklungspolitik' – ein Wagnis zwischen bürgergesellschaftlichem Anspruch und interessegeleitetem Zugriff von Nichtregierungsorganisationen“
Dr. rer. pol. h.c. Kai Friedrich Schade

Sehr geehrter Herr Dekan, Professor Dr. Stiehler,
sehr geehrter Herr Professor Dr. Elsenhans,
sehr geehrter Herr Dr. Feldmann,
sehr geehrte Damen und Herren,
meine Frau, liebe Susanne,

ich freue mich sehr über die mir zuerkannte Ehrendoktorwürde. Meinen Dank an Sie, vor allem an den Initiator und Laudator Hartmut Elsenhans, formuliere ich mit einem Zitat einer Äußerung des Erzbischofs von Canterbury.

Er sprach nach einer Ehrung folgendes Gebet:

Herr,
vergib all denjenigen,
die soeben falsch Zeugnis über mich abgelegt haben,
Herr,
vergib mir,
dass ich daran großen Gefallen gefunden habe!

Meine Damen und Herren,

Anforderungen an die deutsche Entwicklungspolitik im Lichte ihrer Veränderungen in den letzten vierzig Jahren bei zunehmender Globalisierung beschäftigen Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit. Bundeskanzlerin Angela Merkel reist zu ihrer politischen Orientierung nach Indien, das sich aus einem Entwicklungsland in eine asiatische Supermacht verwandelt. Die amtierende Entwicklungsministerin Heide-Marie Wiecek-Zeul legt ihre „Erfahrungen und Begegnungen“ unter dem gewichtigen Titel „Welt bewegen“ vor. Der frühere, fast schon legendäre Entwicklungsminister Erhard Eppler attestiert ihr und damit der Bundesregierung, dass sie in diesem Politikfeld im 21. Jahrhundert angekommen seien.

Ich stelle nun die Frage:

Ist auch der öffentliche Diskurs zu diesem Politikbereich im 21. Jahrhundert angekommen, ein Diskurs, der für eine politisch emanzipierte, offene Gesellschaft unentbehrlich ist?

Ich beantworte die Frage, indem ich aufzeige, wie eine von mir später redaktionell geleitete entwicklungspolitische Zeitschrift zustande kam und wie sie zum Austragungsort sehr gegensätzlicher Interessen wurde. Dabei wird ein Konflikt zwischen bürgergesellschaftlichem Anspruch und widerstrebenden Interessen von Nichtregierungsorganisationen, die gerne als Zivilgesellschaft firmieren, im Mittelpunkt stehen.

1. Blick zurück auf die Ausgangslage

Berlin Juni 1967. Der Schah von Persien ist auf Staatsbesuch. Ein Vertreter schlimmer Oligarchien der Dritten Welt in Deutschlands Mitte zu Gast. Benno Ohnesorg wird dort bei einer Demonstration gegen den Imperialismus der Bundesrepublik von der Polizei erschossen.

In der Bundeshauptstadt Bonn wachsen Kräfte in Parlaments- und Regierungskreisen, die nach beachtlichen Schüben wirtschaftlichen Wiederaufbaus tief greifende innere Reformen für dringend erforderlich halten. Sie suchen nach Perspektiven für eine gedeihliche Zukunft einer deutschen demokratisch verfassten Gesellschaft.

Die erfreulich gewachsene internationale Bedeutung der Bundesrepublik ruft nach einer Neubestimmung auch der Außenbeziehungen. 1961 war das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, das BMZ, gegründet worden. Erst 1993 erhält es den Zusatz: „Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“. Die noch junge Entwicklungspolitik wird damals befragt, welche Rolle sie im größeren Zusammenhang politischen Strebens nach globaler Sicherheit und Wohlfahrt einzunehmen hätte.

Rebellierende Studenten fordern, die bislang unbewältigte NS-Vergangenheit aufzuarbeiten. Sie wollen Mut zur Ehrlichkeit und politische Moral als Säulen der Freiheit.

Die Politiker scheinen zu lange die Augen verschlossen zu haben vor zunehmender Verarmung in der Welt, vor den Sehnsüchten der Befreiungsbewegungen, vor ihrem Aufbegehren gegen immer noch bestehende koloniale Unterdrückung, vor weltweiter Aufrüstung und neuen imperialistischen Kriegen.

Der Vietnamkrieg mobilisiert immer mehr Menschen. Immer lauter werden die Rufe nach gesellschaftlichem Handeln, das den Idealen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung kohärent Ausdruck verleihen müsse – im inneren Geschehen der Gesellschaft ebenso wie in ihrem Außenverhältnis, in ihren Beziehungen zu anderen Gesellschaften.

Bonn ist angesichts der studentischen Rebellion verunsichert. Macht diese doch das Verhältnis von Unterentwicklung des armen und abhängigen Südens zu den sich weiterhin imperial gebärdenden Großmächten zu einem großen Thema in Deutschland, ja extreme Kräfte in dieser Bewegung sehen nur in einer revolutionären Machtübernahme der eigenen Gesellschaft einen Weg zur Befreiung. In der Frage nach der Wahl der nächsten Schritte in den Beziehungen zur sogenannten Dritten Welt sieht sich die etablierte Politik herausgefordert.

2. Stimmen aus dem Süden

In meinem Blick zurück wechsele ich nun die Richtung vom Norden auf den Süden. Im Ökumenischen Rat der Kirchen – in dem Begriff Ökumene steckt das griechische Oikos, die Welt, weshalb wir im Deutschen von Weltrat der Kirchen sprechen – in dieser sogenannten Ökumene haben sich Christen aus Afrika, Asien und Lateinamerika mit Glaubensbrüdern und -schwestern aus dem Norden zusammengefunden. Hier haben auch die sonst Stummen, die Ärmsten der Armen, authentisch das Wort. Es sind die Leidenden und Betroffenen der Dritten Welt, es sind die Befreiungsbewegungen, die hier gehört werden, denen Stimme verliehen wird. Sie fordern neue Nord-Süd-Beziehungen, eine gründliche Neubesinnung weit über die Schmalspur oder gar Irrweg des Transfers sogenannter Entwicklungshilfe hinaus.

Überdeutlich ist die Forderung nach einem anderen Wirtschaftsverhalten, nicht nur der transnationalen Konzerne, sondern des Nordens überhaupt, ob nun kapitalistischer oder sozialistischer Prägung. Transfer of power ist das Stichwort, eine Umkehr globaler Kräfteverhältnisse. Dies sei nicht ohne grundlegende Veränderungen auch der innergesellschaftlichen Strukturen in den reichen Ländern zu verwirklichen – vor allem in Richtung von mehr demokratischer Teilhabe und Solidarität.

Um dies seitens des Nordens realisieren zu können, bieten ihm diese Stimmen gar einen temporären Verzicht auf Entwicklungshilfe, ein Moratorium an. Dadurch sollten die Geberländer im Norden – nun ihrerseits vom Süden als konzeptionell und geistig arm bezeichnet –, sie sollten Zeit und Ressourcen

finden, die für ihn erforderlich gehaltenen Reformprozesse zu kreieren und umzusetzen.

Ohne einen noch anzustoßenden, noch zu organisierenden Lernprozess im Norden werde es dort nicht – so die Position des Südens – zu Veränderungen im Sinne von Entwicklung, Gerechtigkeit und Frieden sowie Erhaltung der Schöpfung kommen. Notwendig sei ein in der Thematik unabhängiger und in der Kompetenz emanzipierter gesellschaftlicher Diskurs, der nicht zuletzt auch den Süden wahrheitsgetreu in den Blick nehme und seinen Stimmen Ausdruck gebe. Jürgen Habermas nennt das abstrakt ein Streben nach einem „wahrheitssensiblen Argumentationsverfahren“.

Ein derartiges Verfahren setze, so diese Stimmen aus der Dritten Welt, setze eine nachhaltige Diskussion auf breiter bürgergesellschaftlicher Basis voraus. Sie kann von dafür geeigneten Einrichtungen der Entwicklungszusammenarbeit nur erfolgreich getragen werden, wenn sie sich dazu über ihre partikularen Interessen hinaus auf ein solch gemeinsames Vorhaben und Ziel verständigen.

Wenn ich im Folgenden immer wieder auf das Stichwort Bürgergesellschaft zurückkomme, so orientiere ich mich an dem oft normativ gebrauchten Begriff der Civil Society, wobei civil den Bürger meint, weshalb ich die Bezeichnung Bürgergesellschaft vorziehe. Zum Verständnis, was gemeint ist, brauche ich hier nicht auf Mahatma Gandhi zu verweisen, der heute vor 60 Jahren ermordet wurde. Ich befinde mich vielmehr in der Umgebung von Landsleuten, die – um nur zwei Jahresdaten zu nennen – die uns 1953 und 1989 sehr mutig bürgergesellschaftliches Handeln vorgelebt haben. Dies verleiht der Ehrung eines Bürgers aus den alten Bundesländern seitens der Universität Leipzig eine besondere Note, die ich zu schätzen weiß. – Übrigens finden Sie alles Wesentliche zu unterschiedlichen Definitionen von Zivilgesellschaft in Hartmut Elsenhans' Publikation mit dem Titel „Das internationale System zwischen Zivilgesellschaft und Rente“.

Lassen Sie mich zurückkommen auf die nicht nur aus der Ökumene vorgetragenen Anforderungen an einen gesellschaftlichen Prozess der Umorientierung im Norden. Sie treffen sich mit den bereits angedeuteten Überlegungen in bundesdeutschen Regierungskreisen, die Außerparlamentarische Opposition, besser als APO bekannt, aus sich zuspitzender Konfrontation in die gesellschaftliche Willensbildung zurückzuführen. Sollte man ihr nicht in friedensstiftender Absicht die aufwertende Akzeptanz der Beteiligung an einem strukturierten Forum zum Diskurs der Rolle der deutschen Gesellschaft in der Nord-Süd -Konflikt-Konfiguration anbieten?

3. Jetzt komme ich ins Spiel

Als ich 1968 beginne, im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit zu arbeiten, wird mir aufgetragen, vertraulich, sozusagen subversiv, eine Kontaktaufnahme mit der APO zu suchen. Heute würde man von einem Versuch aufsuchender Mediation sprechen, getragen von der Hoffnung, über eine kultivierte Kontroverse, über einen Dialog politisch – kreativen Frieden in Deutschland zu stiften. Dieser schwierige Auftrag erregt allzu frühzeitig das Interesse des Bundesnachrichtendienstes, des BND. Wegen meiner zwar offiziös geordneten, dem BND aber wohl nicht offiziell übermittelten Kommunikation mit verfassungsfeindlich eingestuft Personen fordert der Geheimdienst am letzten Tag meiner Probezeit eine Kündigung mit Hausverweis innerhalb von wenigen Stunden. In der mir verbleibenden Zeit, trotz des Verbots jeglichen Telefonats, gelingt es mir, Erhard Eppler, den gerade neu berufenen, im Bundestag weilenden Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, zu unterrichten. Mein Fall wird zu seiner ersten Amtshandlung. Mit Bundeskanzler Willy Brandt im Rücken erteilt er dem BND eine Abfuhr, der übrigens auch Eppler die Auskunft über die Gründe der Intervention immer verweigert hat.

Ich bleibe im Ministerium und finde in dem sogenannten Montagskreis, einem informellen, sich regelmäßig treffenden Kreis, Gleichgesinnte, im Reformansatz radikal, in der Wahl der Mittel eher moderat. Als Teil einer breiteren Bereitschaft zum „Marsch durch die Institutionen“ – Sie kennen den Slogan – tragen wir bei zu einer neuen entwicklungspolitischen Konzeption, vorgestellt von Minister Eppler in einem Aufsehen erregenden großen Beitrag in *Die Zeit* unter dem Titel „Generalformel zur Entwicklungspolitik“.

Bundeskanzler Willy Brandt macht sich Thesen daraus in seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 zu Eigen. In der Politikwissenschaft wird im Rückblick auf ein halbes Jahrhundert Entwicklungspolitik dies als kopernikanische Wende bezeichnet.

Der Aktionshorizont dieses Montagskreises reicht weiter als das Ziel von Reformen in der politischen Exekutive. Wir haben die Pädagogik, die Hilfswerke, nicht nur der Kirchen, die Wissenschaft, die verfasste Politik vor allem parlamentarischer Ausformung und insbesondere auch die Medien im Auge.

Ich selbst erkläre mich 1970 bereit, das Ministerium zu verlassen und das Wagnis eines Aufbaus des ersten unabhängigen publizistischen Forums zur Entwicklungspolitik auf mich zu nehmen – ohne einschätzen zu können, welche Konflikte nicht zuletzt auf mich zukommen werden.

4. *epd* – Entwicklungspolitik oder der auf Dauer gestellte Konflikt

Angekündigt wird das geplante Diskursforum von Entwicklungshilfswerken der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), ich bezeichne sie im Weiteren zusammengefasst als Kirchlichen Entwicklungsdienst, der nun die Publikation auf den Weg bringen soll. Mit dem Ministerium hat das formell nichts zu tun. Dieser Kirchliche Entwicklungsdienst sah sich in der Verpflichtung der Ziele und Beschlüsse der Ökumene. Die einen nolens, die anderen volens – man betrachtete die Forderung des Südens, einen engagierten Diskurs über die künftige Rolle der bundesdeutschen Gesellschaft im Nord – Süd – Verhältnis herbeizuführen, als Handlungsmaxime. Die von Zielen der Ökumene wirklich inspirierten Kräfte hatten sich also naheliegenderweise im Rahmen des Kirchlichen Entwicklungsdienstes zu bewegen, das heißt im Rahmen bereits früher von der Großorganisation Kirche in gleichsam etatistischer Weise von oben etablierter Hilfswerke, die für ihre Projekte in der sog. Dritten Welt auf Spenden aus der Bevölkerung hier bei uns angewiesen sind. Solche Organisationen neigen dazu, die Herausforderungen der Entwicklungspolitik als unmittelbare Bekämpfung von Katastrophen und Notlagen in einer Art Dramatisierung verzerrt zu verengen und damit politische und strukturelle Ursachen auszublenden.

Hilfswerke haben zugleich das Interesse, auch als entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen auftreten zu können. Diese nach späterer Übung in den Vereinten Nationen gängig mit NGO bzw. im Deutschen mit NRO abgekürzte Kategorisierung von Institutionen fragt zwar nicht nach deren demokratischer Rückbindung, aber als NRO, als private Träger von Entwicklungshilfe anerkannt zu sein, eröffnet die Chance, erhebliche staatliche Unterstützung für Entwicklungsprojekte zu erhalten.

Dieser Funktion als NRO steht ein die Nützlichkeit des einzelnen Hilfswerkes übersteigendes bürgergesellschaftlich-gemeinnütziges Attribut besonders gut an, zum Beispiel das Ziel, – auch in Diskrepanz zur Spendenmobilisierung – der Öffentlichkeit die Möglichkeit der Reflexion und Diskussion über Kampagnen und Konzepte der Entwicklungshilfe mit offenem Horizont zu offerieren. Das zu bieten traf sich praktisch mit den Erwartungen seitens des Südens, seitens der Ökumene, in Bezug auf einen Prozess der Veränderung im Norden.

Auf diesem Hintergrund muss man sich die Bedeutung des Schrittes zu einem Forumsperiodikum deutlich vor Augen halten. Der Kirchliche Entwicklungsdienst, die in ihm zusammengeschlossenen Hilfswerke erklären sich bereit, neben ihren in hoher Auflage verteilten, die Spenden- und

weitgehend auch Meinungsmärkte beherrschenden Gratisblättern ein neues übergreifendes Periodikum zu dulden, ja es zu finanzieren.

Das neu gegründete Forumsblatt wird von ihnen erst einmal und dann fast für immer an eine Nachrichtenagentur angedockt, den Evangelischen Pressedienst, kurz als epd bekannt. Der bescheidene Name des neuen Periodikums lautet: *epd Entwicklungspolitik*.

Die rechtliche Konstruktion erweist sich, bezogen auf die intendierte inhaltliche und damit politische Unabhängigkeit dieses Blattes, als völlig unzureichend und deshalb als äußerst konfliktträchtig. Herausgeber des Diskussionsforums ist offiziell der epd, damit innerbetrieblich weisungsberechtigt gegenüber der neuen, total fremdfinanzierten und ja als völlig eigenständig gedachten Redaktion. Financier und damit in allen Entscheidungen mit Macht versehen ist der Kirchliche Entwicklungsdienst. Als Verantwortlicher und Leitender Redakteur bin ich zunächst allein, später leite ich die Redaktion mit zwei halbtags beschäftigten Kollegen.

Trotz minimaler, nicht mehr zu unterschreitenden Ausstattung der Redaktion verschafft sich das 1970 erstmals erschienene neue Periodikum in der entwicklungspolitischen Szene, aber auch darüber hinaus, rasch Gehör – durch neue, unbequeme Stimmen aus aller Welt, aus sehr kritischen Strömungen, ob aus dem Norden, Osten oder Süden. Unabhängige Autoren, fundiert durch Recherche und Wissenschaft, widersprechen vorherrschenden Interpretationsmustern in dem mit dem Begriff Entwicklungshilfe viel zu eng beschriebenen Politikfeld. Es gelingt, diesen Politikbereich in der Öffentlichkeit als eine bürgergesellschaftlich ernstzunehmende Herausforderung zu emanzipieren.

Politiker mit Sachverstand und Willen zur Wahrheit, auch bislang ausgegrenzte Wissenschaftler, ausgestiegene Entwicklungshelfer, Bürger und vor allem Betroffene im Süden werden am Diskurs beteiligt und finden Aufmerksamkeit. Der Export deutscher Waffen in Entwicklungsländer wird publik gemacht, rassistisch begründete Zwangsarbeit in Südafrika benannt, die transnationalen Konzerne werden kritisch beleuchtet, die Hilfswerke werden ebenso wie das Regierungsverhalten kritisiert. Unterdrückte Informationen und seitens der Entwicklungsbürokratie tabuisierte Problemstellungen kommen auf unseren Redaktionstisch, was mir übrigens wieder die keineswegs so angenehme Aufmerksamkeit der Geheim- und sogenannter Sicherheitsdienste inzwischen verschiedener Länder bescherte – auch der DDR, wohin wir aufgrund der internationalen kirchlichen Einbindung Kontakte haben durften. Viel Feind, viel Ehr?

Ich bediene mich ausgeblendeter Informationen aus dem Bereich der Vereinten Nationen, organisiere Dialoge und Kolloquien, Tagungen und Kongresse. Kurzum: Unser Blatt, in der Umgebung gern als Speerspitze der entwicklungspolitischen Diskussion bezeichnet, gibt intensive Impulse der öffentlichen Debatte zu Nord-Süd zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen den gesellschaftlichen Gruppen, zwischen Politik und Wissenschaft, zwischen den einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen.

Ich möchte hier Herrn Professor Hartmut Elsenhans vielmals danken. Er hat mit seiner großen wissenschaftlichen Leistung die Fachdiskussion in der Zeitschrift sehr bereichert, er hat ihr damit Renommee verliehen. Und er hat sich darüber hinaus mit der ganzen Kraft seiner Persönlichkeit deutlich vernehmbar für das Periodikum, für die kreative Kontroverse eingesetzt.

Dass der Zeitschrift die vielseitige Impulsfunktion gelingt, hat auch zu tun mit einem reformwilligen Bundesministerium unter Erhard Eppler, der es von 1968-1974 leitet. Es hat zu tun mit der boomenden, fast euphorischen Aufbruchstimmung zu Nord-Süd Anfang der 70er Jahre, und zwar in weiten Kreisen der Gesellschaft – ob nun in Form von Dritte-Welt- und Solidaritätsgruppen, ob als Friedens- und später Umweltbewegung oder als hoch aktive Einzelpersonen, die unser Periodikum begleiten, es gesellschaftlich abstützen, mit ihm und vielfältig von ihm leben.

Ich nenne zum Beispiel Erhard Meueler, einen der freien, ohne Honorar für die Redaktion engagierten Mitarbeiter, damals an der PH Göttingen, später Professor für Erwachsenenbildung in Mainz. Ohne jeden Institutsrückhalt, privat finanziert, schreibt er 1971 mit den Doppelbänden „Soziale Gerechtigkeit. Einführung in die Entwicklungsproblematik am Beispiel Brasiliens und der Bundesrepublik“ das erste Curriculum zur politischen Bildung, verkaufte Gesamtauflage 55.000. Dieses Unterrichtswerk und die mit einer Projektgruppe verfassten Doppelbände bei Rowohlt „Unterentwicklung. Wem nützt die Armut der Dritten Welt?“ gelten nicht nur als die auflagenstärksten, sondern vor allem als die didaktisch gehaltvollsten Unterrichtsmaterialien zu der sich unter großer Inanspruchnahme unserer Zeitschrift neu entwickelnden Dritte Welt-Pädagogik.

Dem Periodikum kommen in diesen Jahren zudem strukturpolitisch relevante Vorhaben zugute, die ich noch in meiner kurzen Tätigkeit im BMZ zur Veränderung der Gesellschaft aus entwicklungspolitischem Impetus auf den Weg bringen konnte: unter anderem eine große Schulbuchstudie, erstellt vom Frankfurter Institut für Sozialforschung, weitere Medienanalysen, Impulse an die Adresse der Kultusministerkonferenz, die Analyse von Lehrplänen an den Schulen und die Beförderung unabhängiger, an Zeitprobleme sich

heranwachsender Wissenschaft wie die Gründung der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung.

Die Resultate erregten Aufsehen, gaben Hilfestellung bei der Informationsarbeit auch des Periodikums. Kam doch zum Beispiel die Schulbuchstudie zu dem Ergebnis, dass keineswegs vornehmlich ein Wissensrückstand oder provinzielle Sichtweisen in den Büchern Vor- und Fehlteile der Schüler zum Thema Dritte Welt begründen. Nein, die Darstellung der Dritten Welt erwies sich als absichtlich unterschiedlich je nach Haupt-, Real- und Oberschule verzerrt zur schichtenspezifischen Einstimmung der Schüler auf ihre jeweilige Rolle in den ihnen zugeordneten unterschiedlichen Interessenlagen der gesellschaftlichen Kräfte in ihrem Verhalten zu den Entwicklungsländern.

Nun – die Diskursfunktion auszuüben unter den geschilderten Strukturbedingungen einer dubios organisierten Trägerschaft mit ständig drohendem Wegfall der Finanzierung führt die Redaktion in immer stärkere Konflikte, ständig neu entfacht von den Spannungen aufgrund unterschiedlicher Konzepte und sich widersprechender Ziele innerhalb des Milieus des Trägerkreises.

Doch waren die mit der Gründung des publizistischen Forums erwarteten und nun auch der Öffentlichkeit deutlichen Achtungserfolge durchaus willkommen. Konnte man sich doch damit als Nichtregierungsseite – national wie international – glänzend ausweisen, als NRO, selbst als Teil der Bürgergesellschaft. Dadurch ließ sich eben auch leichter in die Töpfe der zum Einsatz seitens der NRO gedachten öffentlichen Entwicklungsgelder greifen.

Aber einem gemeinnützigen Dienen dem Ganzen, wie es das Diskursforum als Voraussetzung brauchte, standen zunehmend sich überlagernde partikulare Interessen der Hilfswerke entgegen.

Bereits die Konzepts- und Inhaltsebene wird strittig. Aus Sicht kirchlicher Werke zeigt der von dem Periodikum entfaltete Diskurs einen zu weiten Horizont auf, zu differenzierte politische Vielschichtigkeit, zu viel bedenkliche Begleiterscheinungen der mit Entwicklungspolitik und dem Idealbild des karitativen Helfers vermischten Handlungsfelder.

Die mediale und politische Ausstrahlung der von der Zeitschrift entfachten Debatte passte nun auch der Amtskirche nicht mehr so recht. Zwar hatte die Spitze der Evangelischen Kirche in gut protestantischer Tradition der Würdigung der Freiheit des Wortes sogar eine Art Garantieerklärung für die Zukunft der Zeitschrift abgegeben. Sie hatte auch die Bedeutung des Blattes

für das Präsentsein der Kirche in der Gesamtgesellschaft erkannt. Aber nun ging ihr die der Zeitschrift zuteil werdende Aufmerksamkeit doch zu weit.

Fazit für die Redaktion: Sie hat fast täglich um ihr Konzept, um ihre Ideen, um reale Unabhängigkeit zu ringen -Text für Text, Zeile für Zeile, Karikatur für Karikatur, auch die mögliche Schere im eigenen Kopf immer mit bedenkend.

Es kommt zu Konflikten auch auf der Organisationsebene, die sich verschärfen, weil ich mehr und mehr auf eine unabhängige Herausgeberschaft und ein entsprechendes Redaktionsstatut zu drängen habe und die relevante Öffentlichkeit bis hin zu Bundespräsidenten, insbesondere aber Wissenschaftler, interessiert an einer erfolgreichen Forumsfunktion, mit einer stattlichen Anzahl von Aufrufen immer wieder an die ursprünglich gezeigte Bereitschaft der Hilfswerke appelliert, einen unabhängigen Diskurs als Anschlag zu inszenieren und zu finanzieren. Ich erwähne nur den Brief des Vorsitzenden der größten Einzelgewerkschaft der Welt an die Leitung der Evangelischen Kirche in Deutschland. Das, nein das hatte es noch nie gegeben.

Ich konnte hinsichtlich meines institutionell-strategischen Bemühens auch auf parallele Bestrebungen im internationalen Bereich verweisen. Debattierte man doch in den Vereinten Nationen um eine Neue Internationale Informationsordnung zugunsten der Entwicklungsländer – ein brisantes Thema, das die USA mit einem Austritt aus der UNESCO und gar der UNO drohen ließ.

Da keine Bereitschaft seitens des Kirchlichen Entwicklungsdienstes besteht, begangene Fehler auf der Inhalts- und der Organisationsseite einzugestehen und die Mängel zu beheben, entstehen massive Konflikte auch auf der Beziehungsebene. Der machtbesessene Gegner erfand eine wahre Fülle grotesker Zugriffe, die uns der materiellen Mittel, der funktionalen Stellung, des intellektuellen Potentials, der kreativen Entfaltungsmöglichkeiten und gesellschaftlichen Akzeptanz berauben und mich in die Wüste schicken sollten.

Der Diskursaufgabe unbeirrt weiter gerecht zu werden, erweist sich also als äußerst Kräfte zehrende Gratwanderung, die mich und meine Familie auch existentiell immer wieder zutiefst gefährdete und bei der ich ohne den großartigen, ganz außergewöhnlichen Rückhalt seitens meiner Frau sicherlich abgestürzt wäre.

Viel zu spät wird deutlich, dass auch all die ehrlich Engagierten bei der anfänglichen Begründung des Periodikums der eigentlich auf der Hand

liegenden Notwendigkeit nicht nachgekommen waren, nämlich die der Sicherung der Zeitschrift in ihrer heiklen Aufgabenstellung. Dazu hätten von Anfang an gehören müssen eine ausreichende materielle und damit auch personelle Ausstattung des Periodikums, eine stabile Zusage der Finanzierung, eine durch ein Redaktionsstatut verlässlich geregelte Unabhängigkeit und ein politisch so breiter Herausgeberkreis, dass er schon deshalb die Öffentlichkeit von der Ernsthaftigkeit des Forumsziels überzeugt und entsprechend mehr Wirkkraft zeitigt.

Dabei hätte eine aufgabengerechte Etablierung eines Forums nicht trefflicher bereits zu Beginn konzipiert werden können. Hatten doch die wirklich motivierten Fürsprecher der damaligen Initiative die aus der Ökumene übermittelte Einsicht, einer bürgergesellschaftlichen Verantwortung Ausdruck geben zu sollen. Betont haben sie deshalb bescheiden den stellvertretenden, den Impuls gebenden, den Signal setzenden Charakter ihres Projektes. Ihr Vorhaben sollte nur Nukleus sein für eine noch zu schaffende, genügend breite Trägerschaft seitens nichtstaatlicher, ja eben bürgergesellschaftlicher Kräfte.

Die Chance, einen ausreichend potenten, überzeugend breit getragenen Herausgeberkreis zu bilden, hat es in all den folgenden Jahren immer wieder gegeben – schon als Ausdruck des Interesses der Gesellschaft an der erfolgreichen Diskursinszenierung der Redaktion, aber auch dank meiner eigenständigen Sondierungen, notwendigerweise eigenwillig, da seitens der Hierarchie mir untersagt.

Selbst der säkulare Bereich bis hin zu Wirtschaft und Gewerkschaften zeigte Interesse, einen festen Diskurs zu Nord-Süd mitzuverantworten. Immer wieder abgelehnt – auch die Möglichkeiten, die sich aus der Gründung des Dachverbandes entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (VENRO) ergaben, einfach abgedreht.

Nach jahrelangem Kampf gelingt es mir zu Anfang des neuen Jahrhunderts dennoch, die Zeitschrift aus der Nachrichtenagentur herauszulösen und einen neuen, erweiterten Herausgeberkreis, einen echten e.V., zu schaffen für die jetzt umbenannte Zeitschrift *Entwicklungspolitik* – eine Gruppe, in der neben den bisher beteiligten protestantischen NRO's nun auch die katholische Seite in Deutschland sowie Einrichtungen beider Kirchen in der Schweiz mitwirken – mit Österreich am Rande. Eine wirkliche, bahnbrechende Öffnung gegenüber dem säkularen Raum bleibt aber abgelehnt.

Dieser Erfolg fällt zurück – hinter den ursprünglich bürgergesellschaftlichen Anspruch und hinter das bei gutem Willen der Nichtregierungsorganisationen Machbare, also jener, die so gerne Zivilgesellschaft spielen wollen.

Vor wenigen Wochen ist das von mir heute thematisierte, seit 2006 nicht mehr von mir geleitete publizistische Forum, nach erneutem Titelwechsel mit einer der evangelischen Entwicklungshilfe gewidmeten Quartalsschrift mit dem Namen *der überblick* fusioniert worden. „Welt – Sichten“ ist die neue Bezeichnung.

Kein Kommentar dazu – aber einen Artikel in der Süddeutschen Zeitung vom 2. Januar 2008 will ich Ihnen nicht vorenthalten. Er wird dominiert von einem Foto einer Spendenbüchse von Brot für die Welt, das Flaggschiff protestantischer Hilfswerke. Diese Spendenorganisation ist Mitglied des von mir geschaffenen Herausgebervereins, und ist, was das Finanzielle, nicht das Sagen, angeht, an diesem Verein sehr gering beteiligt. Die Bildunterschrift lautet: „Die Organisation Brot für die Welt trägt zwar die finanzielle Hauptlast der neuen Zeitschrift, doch als Herausgeber fungiert ein Verein“.

„Wahrheitssuche mit Herz“ erkennt der Autor des Artikels in dieser Verdrehung der finanziellen Beteiligung und gleichzeitigen Verachtung der Herausgeberstruktur. Karl Marx hätte anders kommentiert. Etwa mit seinem Ausspruch: „Die Idee blamierte sich immer, wenn sie von dem Interesse verschieden war.“

5. Was bleibt an Erkenntnis und Aufgabe?

Der entwicklungspolitische Diskurs darf nicht Spielball einzelner Interessen sein, sondern muss ihr Spielfeld werden. Dieses öffentliche Miteinander-Ringen braucht zu seiner Lebendigkeit klare Regeln. Die Sicherung der Unabhängigkeit steht dabei an erster Stelle. Nur dann kann ein Diskurs seine kritische, seine primär gesamtgesellschaftliche Funktion mit Kreativität erfüllen. Unter diesen Bedingungen können und dürfen dann auch die einzelnen strategischen Eigeninteressen der Entwicklungsagenturen zum Zuge kommen. Aber ließe sich damit nicht auch der Perversion humanitärer Aktionen ein Riegel verschieben?

Wie notwendig dies ist, hat kürzlich der Fall der Entführung von Kindern aus afrikanischen Familien gezeigt, um sie in Frankreich als Waisenkinder karitativer Vermarktung zuzuführen. Ein Einzelfall sagen Sie? Er deutet auf ein Stück subtiler Normalität, die nach Enthüllung aus diskursiver Absicht schreit.

Dem von mir in dem publizistischen Forum strittig diskutierten Themenspektrum kommt große Bedeutung zu – für die Zukunft unserer Gesellschaft in ihrer globalen Verstrickung wie auch ihrer damit verbundenen Verantwortung. Dieser Stellenwert rechtfertigt und erfordert deshalb meines

Erachtens eine große institutionelle Lösung der Forumsfunktion. Die Sicherung der materiellen wie politisch-inhaltlichen Unabhängigkeit und Kritikfähigkeit muss absoluten Vorrang erhalten, in etwa vergleichbar mit dem Status der öffentlich-rechtlichen Medienanstalten – mit dem Unterschied, dass hier die Bürgergesellschaft ihre besondere Qualität beweisen sollte.

Das heute von mir beleuchtete Informations- und Diskussionsmedium ist in Bezug auf die ursprünglich in Aussicht gestellte stabile bürgerschaftliche Verortung nach wie vor Torso geblieben ist. Doch das Ringen, das Streiten um das Medium, der Diskurs über einen globalen Fragen gerecht werdenden Diskurs hat ein Stück Weg und Wahrheit gewiesen, auch wenn die Entwicklungsagenturen es längst vorgezogen haben, von einem höchst problematischen Filz mit den Großmedien zu profitieren, der alles andere als der Aufklärung dient.

Was die Zukunft der aus der Ökumene, aus dem Süden uns mit Vehemenz übermittelten Idee eines gesellschaftlichen Diskurses zu Frieden, Gerechtigkeit und Erhaltung der Schöpfung angeht, so möchte ich erneut Erhard Eppler zitieren:

„Entwicklungspolitik braucht weit entfernt von dem, was man von einer Bürokratie erwartet, bürgerschaftliches Engagement, Menschen, die etwas bewegen wollen, kreative Köpfe“ im freiheitlichen Ringen um richtiges politisches Handeln.

Wir sind, um die mir eingangs selbst gestellte Frage resümierend zu beantworten, wir sind in der Aufgabe der Entfaltung eines von Interessen einzelner Institutionen unabhängigen, bürgerschaftlich bestimmten Diskurses zu Fragen der Entwicklungspolitik noch nicht im 21. Jahrhundert angemessen angekommen. Die Bürgergesellschaft ist zu schwach organisiert, die störende Mogelpackung „Zivilgesellschaft“ erfreut sich zu Unrecht der Bevorzugung.

Diese Art von Defizit ist kein Zufall, sondern markiert eine bedenkliche Strukturschwäche unserer Entwicklungspolitik wie auch unserer Demokratie. Sie nicht nur wissenschaftlich aufzuzeigen, sondern sie in Stärke wenden zu wollen, sollte uns verbinden. Dazu sind wir hier alle eingeladen.

6. Ich schließe mit der Geschichte von den drei Raben:

Sitzen drei Raben zusammen, sagt der erste:

Ich wünschte, ich wäre zwei Raben...!

Wieso denn das?

Dann könnte ich hinter mir her fliegen...

Sagt der zweite:

Ich wünschte, ich wäre drei Raben,

dann könnte ich sehen, wie ich hinter mir her fliege...

Der eine Rabe, das ist mein Ich-Ideal von einem unabhängigen und kritischen entwicklungspolitischen Publizisten. Fünfunddreißig Jahre lang bin ich – zwei Raben zugleich – durch alle nur denkbaren Widrigkeiten diesem ersten Raben hinterher gejagt. Dies auch noch beobachten und reflektieren zu können, also drei Raben zugleich zu sein, dazu haben Sie mir heute Gelegenheit geboten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Urkunde Ehrenpromotion

Unter dem Rektorat
des Professors für Bürgerliches Recht, Bank- und Börsenrecht, Arbeitsrecht
Dr. iur. Franz Häuser
und unter dem Dekanat
des Professors für Empirische Kommunikations- und Medienforschung
Dr. phil. Hans-Jörg Stiehler

verleiht die

Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie

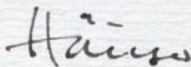
Herrn Kai Friedrich Schade

für seine herausragenden wissenschaftsorganisatorischen Leistungen
auf dem Gebiet „Internationale Beziehungen/Entwicklungspolitik“ und
seine Verdienste als Kommunikator zwischen Wissenschaft, Politik und
öffentlicher Meinungsbildung in der Bundesrepublik Deutschland

die Würde eines doctor rerum politicarum honoris causa

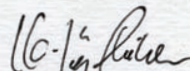
(Dr. rer. pol. h.c.)

Leipzig, am 30. Januar 2008



Professor Dr. Franz Häuser
Der Rektor





Professor Dr. Hans-Jörg Stiehler
Der Dekan

